

Für Arab:		Mit Postverendung:	
Ganzjährig 14 fl. — fr.	Ganzjährig . . . 16 fl.	Ganzjährig . . . 16 fl.	Ganzjährig . . . 16 fl.
Halbjährig 7 „ — „	Halbjährig . . . 8 „	Halbjährig . . . 8 „	Halbjährig . . . 8 „
Vierteljährig 3 „ 50 „	Vierteljährig . . . 4 „	Vierteljährig . . . 4 „	Vierteljährig . . . 4 „

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Arader Zeitung.

Redactions- u. Administrations-Bureau

Samstag, im Winter Jahn Kreuzgasse, 1. Stod.

Für das Ausland übernehmen Aufträge für Inserate die Herren Pankratz & Wagner in Wien, Boz, alle Nr. 9, Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Basel; die Jäger'sche Buchhandlung in Frankfurt a. M. und A. Schulz & Comp. in Leipzig. — In Wien: A. Dappell.

Manuscripte werden nicht zurückgegeben.

Nro. 272.

Mittwoch den 25 November 1868

XVII. Jahrgang.

Das Nothbuch.

(Orig. Ber. der „Arader Zeitung.“)

Wien, 22. November.

Anknüpfend an meine gestrige Correspondenz gebe ich hier den Wortlaut der Darlegung des Nothbuches über die orientalischen Angelegenheiten nebst einem Excerpt über die Concordatsverhandlungen mit Rom, was umso nöthiger erscheint, wenn die späteren, auf diplomatischen Actenstücken sich gründenden Specialbemerkungen verstanden werden wollen. In Betreff der

Orientalischen Angelegenheiten sagt das Exposé sub II. Folgendes:

Wenn der Stand der Thatsachen in ottomanischen Reich in Laufe des vorigen Jahres und während der ersten Monate des laufenden Jahres der Regierung Seiner Majestät des Sultans schwere Prüfungen auferlegt hatte und der Kampf an einigen Orten des Reichs ein derart bedrohlicher war, daß es der Vereinigung nachhaltiger Widerstandskräfte bedurfte, um die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des türkischen Reiches unverletzt aufrecht zu erhalten, so haben gleich ernie Ereignisse während des Sommers 1868 in der bisherigen Lage desselben eine äußerlich zwar wenig bedrohliche, aber in ihrer Wesenheit nicht minder beachtenswerthe Veränderung eintreten lassen.

Der Kampf auf der Insel Creta hat im Verlaufe des Sommers mehr einen chronischen Character angenommen.

Die Türkei hatte sich dabei hauptsächlich zur Aufgabe gestellt, das Auslobern der Feindseligkeiten auf einem ausgedehnteren Terrain zu verhindern und die Rückkehr der gemütheten Cretenser nach Thynlichkeit zu befördern.

Da auch der Versuch einer bewaffneten Bande, den Aufstand Bulgariens hervorzurufen, durch die mit nachdrücklicher Strenge angewendeten Maßregeln der türkischen Regierung vereitelt wurde, so wird zwar im Ganzen ein offener und heftiger Kampf nirgends geführt; dennoch liegen aber in den Zuständen der Balkanhalbinsel hinreichende Keime einer fortdauernden Krise, welche, auch abgesehen von der Gefahr, die hieraus für den europäischen Frieden erwächst, schon deshalb zu bebauern ist, weil hiedurch Hindernisse geschaffen werden, welche das Bestreben der Regierung Seiner Majestät des Sultans, auf dem Felde der Reform fortzuschreiten und die Entfaltung der materiellen und moralischen Hilfsmittel des Reiches vorwärtlich zu können, fortwährend erschweren.

Alle diese Umstände konnten daher nicht verfehlen, auch die Aufmerksamkeit der Regierung Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät im hohen Grade zu erregen.

Die völkerrechtlichen Verpflichtungen, welche kraft des VII. Artikels des Pariser Friedensvertrages die Achtung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität des ottomanischen Reiches zu einer Frage des gemeinsamen Interesses erhoben, lassen jeden Versuch einer gewaltsamen Störung im Balkanreiche als ein für den europäischen Frieden folgenschweres Ereigniß erscheinen, welches namentlich die Monarchie Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät, als eine der beteiligten Mächte, nahe berühren muß.

Waren also schon jene Ereignisse, welche sich in den entfernteren Provinzen des türkischen Reiches zutragen, von großer Bedeutung für die österreichisch-ungarische Monarchie, so müßte dies umso mehr der Fall sein, wenn die Gefahr eines gewaltsamen Zusammenstoßes oder einer auf die Erschütterung der oberherrlichen Rechte des Sultans gerichteten Bewegung in jenen Theilen des türkischen Reiches in den Vordergrund treten sollte, welche bei ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu den Ländern Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät mit letzteren einen lebhaften Verkehr unterhalten und wo daher jede Störung und Veränderung ihres Verhältnisses nicht ohne Rückwirkung auf die inneren Zustände der Monarchie bleiben kann.

Es müssen daher alle jene Concessionen, welche sich auf die innere Gestaltung und Entwicklung der uns zunächst liegenden Theile des ottomanischen Reiches beziehen, und welche geeignet sind, deren materielles und moralisches Wohl zu befördern und die mit der Erhöhung des Vertrauens in die Intentionen der Pforte zugleich die Versuche einer verzweifelten Selbsthilfe zurückzudrängen, die aufrichtigste Theilnahme und die warmste Unterstützung der Regierung Seiner kaiserlichen Majestät hervorzurufen.

In dieser Hinsicht konnte die Erfahrung bestätigen, daß auch Seine Majestät der Sultan und seine Staatsmänner sich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen können, daß, wenn es gelingen könnte, die nationalen Bestrebungen und Interessen ihrer Provinzen in innigen Verband mit den oberherrlichen Rechten der Pforte zu bringen, in dieser Lösung sich die kräftigste Stütze und die sicherste Garantie der Zukunft der Türkei begründen ließen.

Die Ereignisse in Serbien und deren Folgen bestätigen diese Annahme.

Das Interesse der österreichisch-ungarischen Monarchie an der friedlichen, der Wohlfahrt günstigen Entfaltung aller ihrer Kräfte, welche als die wichtigsten Factoren in der zukünftigen Gestaltung des ottomanischen Reiches zu beachten sind, ward im Laufe des Sommers durch jenes erschütternde Ereigniß lebhaft berührt, welches den Fürsten Michael Obrenowitsch seinem Lande entriß. Serbien hatte dem ersten und zielbewußten Walten seines aufgeklärten Fürsten eine Aera meist ungetrübter Ruhe und geblühlicher Fortschrittes zu verdanken.

Sein gewaltsames Ende hätte leicht große Gefahren für Serbien bringen können und nur die maßvolle Haltung der

serbischen Nation konnte verhindern, daß die Catastrophe, welche das Land so unerwartet traf, es nicht in eine verwerbliche Anarchie stürzte.

In klarer Erkenntniß dessen, was Angesichts eines so schweren Verlustes zunächst noth that, war die Versammlung der Vertreter der Nation darauf bedacht, der öffentlichen Gewalt im Lande alsobald die festeste Bürgschaft gesetzlicher Autorität zu verleihen, indem sie den nach dem Rechte der Erblichkeit berufenen Nachfolger zum Fürsten ausrief, welcher dann auch ohne Verzug die Bestätigung der suzeränen Macht erhielt, und während dessen Minderjährigkeit ein aus den angesehensten Männern des Landes gewählter Regenthsrath die Verwaltung leitete.

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs konnte mit lebhafter Befriedigung vernehmen, daß der Sultan in richtiger Würdigung jener hohen Wichtigkeit und der Anhänglichkeit, welche die serbische Nation dem Erbprinzen fürstlichen Familie zuwendet, die großherliche Bestätigung ohne Verzug erteilte, und hiedurch einen neuen Beweis seines Vertrauens gab, einen Beweis, der die Grundlagen der aufrichtigen Beziehungen zwischen Serbien und der hohen Pforte, welche schon die Räumung der Festung Belgrad durch die türkischen Truppen geschaffen hat, noch mehr zu befestigen im Stande sein wird.

Der freundschaftliche Verkehr, welcher zwischen der Regierung Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät und dem Fürsten Michael immer bestand, ist auch mit der Regenthschaft des Fürsten Milan ungebrochen aufrecht erhalten worden, und dieselbe legt im Einklange mit der Allerhöchsten Gesinnung Seiner Majestät den höchsten Werth darauf, zu betheiligen, daß das österreichisch-ungarische Reich der aufrichtigsten und uneigennützigsten Freunde Serbiens ist; deshalb athmen auch die gegenseitigen Beziehungen den Geist offenen und freundschaftlichen Entgegenkommens, und eben jetzt sind Verhandlungen im Zuge, welche eine Reihe wichtiger Angelegenheiten in handelspolitischer und judicieller Natur einer für beide Nachbarländer gleich erwünschten Regelung zuführen sollen.

Auch mit der Regierung der vereinigten Fürstenthümer der Moldo-Walachei wurden schon vor längerer Zeit Verhandlungen angebahnt, welche die Aufgabe hatten, mehrere obshwebende Angelegenheiten von commerciellem und administrativem Interesse im beiderseitigen Einvernehmen zu ordnen. Die Regierung Sr. kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät war stets bemüht, diesen Gegenständen ihre lebhafteste Aufmerksamkeit zuzuwenden, um auch hiedurch einen neuen Beweis zu liefern, daß sie nie aufgehört hat, auf den freundschaftlichen Verkehr mit der Regierung des Fürsten Carl einen hohen Werth zu legen und gerne bereit war, auf die gewinnlichsten Beratungen einzugehen, wohl anerkennend, daß die Regelung dieser Angelegenheiten die Aufrechterhaltung und Kräftigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern, welche durch so viele gegenseitige Interessen verknüpft sind, wirksam befördern kann.

Mit Befriedigung kann die Regierung Sr. Majestät erwähnen, daß einige dieser obshwebenden Angelegenheiten einem günstigen Erfolge entgegengeführt wurden. Die Beschlüsse der Conferenz über die Telegrafentaxen sind bereits ratificirt.

Die Verhandlungen über die Ordnung des Postverkehrs in den Donaufürstenthümern sehen einem erfolgreichen Abschluß entgegen; auch sind Beratungen im Zuge, welche den Anschluß der österreichisch-ungarischen Eisenbahnen an die in den Donaufürstenthümern projectirten Eisenbahnlinien verwirklichen sollen, und die Regierung Sr. Majestät ist lebhaft bemüht, von ihrer Seite jene Hindernisse aus dem Wege zu räumen, deren Beseitigung geeignet wäre, zur Belebung der directen Handelsbeziehungen durch einen leichteren Grenzverkehr beizutragen.

Was die Angelegenheit der Consular-Jurisdiction und ihre Feststellung anbelangt, so ist diese hochwichtige Frage ein Gegenstand der eigenhändigen Prüfung, und wird umso eher eine definitive und auf die richtige Beurtheilung der gegenwärtig in den Donaufürstenthümern bestehenden gerichtlichen Verhältnisse begründete Entscheidung finden, als dieselbe Frage schon der Aufmerksamkeit aller Mächte gewürdigt worden ist und zu ernstlichen und gründlichen Verhandlungen Anlaß gegeben hat. Die Wichtigkeit und die große Ausdehnung unserer Handelsbeziehungen, die große Zahl der Unterthanen und Schutzbesessenen der österreichisch-ungarischen Monarchie in den Donaufürstenthümern läßt diese Frage als eine ausnehmend folgenschwere erscheinen.

In dem Grundsätze, daß eine Regelung der Consular-Jurisdiction erwünscht sei, ist die Regierung Seiner Majestät mit der moldo-walachischen Regierung einverstanden, doch konnte sie ohne schwere Beschädigung der commerciellem Interessen der Monarchie und ohne daß sie dadurch eine gerechtfertigte Bestürzung der gesammten Handelswelt hervorgerufen hätte, diese Angelegenheit nicht vorzeitig zu einem Abschlusse bringen. Sie ist aber bemüht, die Grundlagen eines Uebereinkommens in dieser Richtung aufzufinden und zweifelt nicht, daß, wenn die gerichtlichen Verhältnisse in den Donaufürstenthümern hinreichende Garantien eines geordneten Rechtsverfahrens bieten werden, auch diese Frage im gegenseitigen Einvernehmen gelöst werden kann.

Im Verlaufe des Sommers kamen mehrere Fälle vor, bei welchen die moldo-walachische Regierung in Folge des willkürlichen Verfahrens und der Wahrheit widerstreitender Berichte einiger untergeordneten Behörden unseren Anforderungen anfänglich nicht zustimmen wollte. Die Regierung Sr. Majestät kann aber mit Befriedigung bestätigen, daß in

allen diesen Fällen ihre Anschauungen schließlich als die der Wahrheit entsprechenden und rechtlich begründeten von der Regierung der Donaufürstenthümer vollkommen anerkannt wurden.

Die in manchen Schichten der moldo-walachischen Bevölkerung vorhandene religiöse Unabgeschlossenheit war der Anlaß jener beklagenswerthen Ausschreitungen, welche in einigen Städten und Dörfern gegen die Juden zum Ausbruch kamen, und ein ebenso strafwürdiges, als durch die Mißbilligung der civilisirten Welt gebrandmarktes Beispiel der Willkür boten.

Nicht nur aus Rücksichten der Menschlichkeit, sondern auch weil unter den Beschädigten sich Unterthanen Sr. Majestät befanden, wurde es den kaiserl. königl. Consuln zur Pflicht gemacht, zum Schutze der Verfolgten und Vertriebenen, sowie wegen der Entschädigung der Beschädigten sich bei der fürstlichen Regierung zu verwenden, und hauptsächlich dieser ihrer Einwirkung, bei welcher sie durch die Consuln von Frankreich, England und des Norddeutschen Bundes wirksam unterstützt waren, ist Abhilfe und die Entschädigung der Verfolgten zu verankern.

Es kann nicht unerwähnt gelassen, ja es muß mit Befriedigung angeführt werden, daß selbst die fürstliche Regierung die Anerkennung des umsichtigen Benehmens unserer Consuln, welche in dieser peinlichen Angelegenheit wirklich unwiderlegliche Thatsachen nachgewiesen haben, nicht verweigern konnte und ihnen volle Genugthuung widerfahren ließ.

Eine Thatsache von der größten Tragweite für das Fortbestehen der guten Beziehungen zwischen der hohen Pforte und der Regierung der Donaufürstenthümer ist durch den im Juli laufenden Jahres erfolgten Einfall von bewaffneten und auf dem Gebiete der Moldo-Walachei organisirten Freischaaren nach Bulgarien entstanden. Wenn auch die verhältnißmäßig geringe Zahl der Freischärer die Kräfte und das Ansehen der türkischen Macht in dieser Provinz zu erschüttern nicht vermochte, und die beabsichtigte Insurgenz Bulgariens durch die mit großer Energie ausgeführten Maßregeln des dortigen Gouverneurs, sowie durch die Theilnahmslosigkeit der bulgarischen Bevölkerung vollkommen vereitelt wurde, so kann doch nicht bezweifelt werden, daß die Laune, mit welcher die Regierung der Donaufürstenthümer in der Verhinderung der Bildung dieser Freischaaren vorgegangen ist, ernste Bedenken darüber einzuführen geeignet erscheint, ob die fürstliche Regierung den aufrichtigen Willen, ja — diesen vorausgesetzt — bei der erregten Stimmung im Lande selbst noch die Macht habe, jenes Verhältniß zur Pforte ungestört zu erhalten, welches als Grundlage des staatlichen Bestehens der den vereinigten Fürstenthümern der Moldau und Walachei durch feierliche Verträge und namentlich durch den 22. und 25. Artikel des Pariser Friedens vom Jahre 1856 bedingt und durch die Mächte, welche diesen Vertrag mitunterzeichnet haben, gewährleistet wurde.

Das zuletzt erwähnte Ereigniß erlaubt diesen Zweifel als begründet anzunehmen; wenn daher das Vorhandensein dieser Thatsache an und für sich schon hinreichend wäre, um das ernsteste Bedenken der Mächte in hohem Grade zu erregen, so wird deren Bedeutung noch gesteigert durch die seit geraumer Zeit und mit überstürzender Hast betriebene Ansammlung von Waffen und Anordnung von militärischen Maßregeln, welche in keinem Verhältnisse zu jener Aufgabe der inneren Vertheidigung sind, wie diese im 26. Artikel des Pariser Friedensvertrages präcificirt ist, und daher den wirklichen und gerechtfertigten Bedarf eines von keiner Seite bedrohten und überdies vor jedem Angriff aus welcher immer einer Richtung durch die Garantie der Mächte geschützten Landes weit übersteigen.

Die Gefahr, welche durch diese Sachlage geschaffen wird, soll e auch der Aufmerksamkeit der Regierung der Donaufürstenthümer nicht entgehen; diese Gefahr könnte der geblühlichen Entwicklung dieser Länder selbst verderblich werden, denn durch die Erschütterung ihrer, auf internationale Verträge gegründeten Stellung entäußern sie sich eben jener aus den erwähnten Verträgen fließenden Vorrechte, ohne welche es ihnen nie gelingen wird, die Entfaltung und Befestigung ihrer innern Freiheit und die Wohlfahrt ihrer Bewohner so unabhängig zu begründen, wie es ihnen in ihrer jetzigen Stellung möglich ist.

Fern steht es übrigens dem Sinne Sr. kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät, aus der lebhaften Bewegung, welche in den Donaufürstenthümern zu Tage tritt, eine gerechtfertigte Befürchtung unmittelbar bevorstehender gewaltsamer Störungen der vertragmäßigen Stellung derselben zur Pforte oder der nachbarlichen Verhältnisse abzuleiten, aber sie ist sich dessen vollkommen bewußt, wie nothwendig es sei, der Entwicklung der Sachlage an unseren Grenzen mit wachsamem Auge zu folgen, und die Regierung Sr. Majestät wird sich in der Erfüllung ihrer Aufgabe allein von jenen Rücksichten leiten lassen, welche die Wahrung der Würde und der Sicherheit der Monarchie, der Schutz ihrer Staatsangehörigen und die Aufrechterhaltung der vertragmäßig eingegangenen Verbindlichkeiten erfordert.

Unter III folgen die Verhandlungen mit der päpstlichen Curie, von denen wir vorläufig nur einen kurzen Auszug zur Orientirung der Leser geben können. Es heißt, besonders seit 1859 habe sich die Opposition gegen das Concordat vertieft und gekräftigt; ein im Jahre 1861 unternommener Revisionsversuch (zweifellos in die Sendung des Bischofs Fessler gemeint) finde sich nicht in den Acten des Ministeriums des Aeußeren; das Bedürfniß einer Re-

vision habe jedoch beständig zugekommen. Die neue dualistische Gliederung der Monarchie habe es dem Ministerium des Aeußern erschwert, die Frage selbst concret anzufassen, obwohl auch die Regierung des Jahres 1867 von der unvermeidlichen Nothwendigkeit der confessionellen Reform durchdrungen war. In jener Zeit ließ Freiherr v. Beust zu Rom wissen, daß Oesterreich im Einvernehmen mit dem Papste das Concordat aufgehoben und durch einen neuen Pact ersetzt zu sehen wünsche. Nach der Einsetzung des cisleithanischen, jetzt österreichischen Ministeriums fertigte dieses ein Document aus, welches die Bedingungen der confessionellen Reform fixirt, und dessen wesentlicher Inhalt dem Heiligen Stuhle mitgetheilt wurde. Rom antwortete nicht eben negativ. Inzwischen wurden die confessionellen Gesetze angenommen und Baron Meynenburg sollte mindestens einen erträglichen modus vivendi zwischen der Kirche und dem Staat anbahnen. Es geschah dies selbstverständlich in den rücksichtsvollsten Formen. Der Protest Falcinelli's ließ hoffen, daß die Sprache der Allocution nicht zu hart, nicht verletzend lauten werde. Man erschröckte hier alle Mittel diplomatischer Beschwichtigung. Gleichwohl traf aus Rom die Meldung ein daß die Allocution unheimlich ausfallen werde. Ein Versuch dieses abzuwenden blieb erfolglos. Die Abwehr gegen den Angriff der Curie auf die Staatsgrundgesetze erfolgte durch die „feste, aber höfliche“ Depesche vom 3. Juli 1868.

Aus den Delegationen.

R. C. Pest, 23. November.

Am Wehranschnisse der ungarischen Delegation sind bisher bloß Beratungen des Subcomité's gewesen, bei welchen auch der Kriegsminister mit dem General Benedek, dem Oberstlieutenant Ohpcey und dem General-Kriegscommissär Fröh zugegen war. Diese Vorberatungen hatten vorderhand nur den Zweck, ein Programm darüber festzustellen, wie man den Gegenstand im weiteren Ausschusse und in der Sitzung der Delegation zu behandeln habe. Gestern war die erste Sitzung des weitem Ausschusses und werden jetzt die Ausschuss-Sitzungen solange fortgesetzt, bis das ganze Budget durchberathen sein wird und der Bericht der Delegation wird vorgelegt werden können.

Nach dem, was über die bisherige Stimmung in dem Wehranschnisse verlautet, scheint die ungarische Delegation nicht geneigt, allen Anforderungen des Kriegsministers durch ihre volle Zustimmung zu entsprechen, welche Abstriche aber von ihr vorgeschlagen werden, oder ob eine Pauschalsumme gestrichen werden soll, ist bis jetzt noch nicht im Principe beschloffen.

Die Ausschüsse, welche der Kriegsminister dem Subcomité gegeben, haben einen günstigen Eindruck hervorgebracht, da aus denselben ersichtlich ist, daß er redlich beitrebt war, den bei Gelegenheit der vorigen Session der Delegationen geäußerten Wünschen nach Kräften zu entsprechen und daß wo ihm dies nicht gelungen, die Schuld daran mehr in den Umständen als in seinem guten Willen gelegen ist.

In der gestrigen Sitzung des engeren Ausschusses für das Kriegsbudget der Reichsraths-Delegation wurden die ersten 5 Titel des Voranschlags durchberathen, und wurde bei denselben die Summe von 4 Millionen gestrichen. Bei dem Titel „Centralleitung“ wurden 500,000 fl., bei dem Titel „Truppenkörper und allgemeine Truppenauslagen“ 3 Millionen Gulden in Abstrich gebracht. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Das Landesbudget.

Der „Pester Lloyd“ ist in der Lage einige Hauptposten aus dem Landesbudget mitzutheilen:

Erforderniß:	
Centralverwaltung	667,000 fl.
Landes-Finanzverwaltung	3,947,400 „
Bergwerk und Forstacademie zu Schemnitz	61,800 „
Einhebungskosten der directen Steuern	243,000 „
„ „ Verbrauchssteuern	138,000 „
„ „ Gefälle	18,014,600 „
„ „ Gebühren	127,000 „
Staatsvermögen	26,332,100 „
Pensionen	1,284,100 „
Diverse Ausgaben	46,500 „
Grundentlastung	15,589,000 „
Zusammen	66,450,900 fl.

Bedeutung:	
Directe Steuern	53,921,000 fl.
Berbrauchssteuern	11,293,000 „
Gefälle	36,722,800 „
Gebühren	10,702,200 „
Staatsvermögen	30,396,600 „
Diverse Einnahmen	334,500 „
Zusammen	143,370,100 fl.

Außerordentliches Erforderniß	3,472,200 fl.
Außerordentliche Bedeutung	3,559,800 fl.

Aus dem Reichstage.

(Unterhaus-Sitzung.)

Pest, 23. November.

Präsident: Szentiványi, Schriftführer: Bujánovics und Mihályi, Minister: Czóvös und Gorovs. Nach Authentification des Protocolls und Anmeldung mehrerer Einläufe überreicht Julius Raucz im Namen der ständigen Finanzcommission das Referat über die Controlle der schwebenden Staatsschuld, die gemeinsamen Pensionen und das Budget des Finanzministers. Wird in Druck gelegt. Der Gesetzentwurf bezüglich des Volksschulunterrichtes wird in dritter Lesung angenommen.

Ludwig Porvách verliest hierauf das Referat der Codificationscommission über die von dem Oberhause zu dem Gesetzentwurfe über die Civilproceßordnung empfohlenen Modificationen. Das Haus nimmt die diesbezüglichen Vorschläge der Codificationscommission einstimmig an.

Esengery verliest das Referat der Centralsection über den Gesetzentwurf bezüglich der Regelung der Union mit Siebenbürgen. Wird in Druck gelegt.

Hierauf folgt die Verhandlung über das Budget des Communicationsministers.

Franz Pulsky verliest das darauf bezügliche Referat der ständigen Finanzcommission. Der Titel Centralverwaltung und Baudirection werden ohne Discussion angenommen. Titel Straßenerhaltungstheorien ruft eine längere Debatte hervor.

Szilvi Gál wünscht, es möge dem Siebenbürger Széklerlande, das in Hinsicht der Straßengebäude bisher arg vernachlässigt worden sei, eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Staatssecretär Hollán erklärt, die Regierung werde darauf bedacht sein.

Bályi findet, daß für die Erhaltung der Straßen des Szathmärer Comitats zu wenig stipulirt ist.

Gajzágó beklagt sich darüber, daß gerade diejenigen Theile Siebenbürgens, welche am meisten unter dem Drucke der Straßenmauth leiden, die geringste Berücksichtigung in der in Rede stehenden Rubrik finden.

Bónis bringt ähnliche Klagen bezüglich der Straßen des Szabolcszer Comitats geltend.

Balthasar Halász wundert sich darüber, daß hier die provinziellen Interessen in den Vordergrund geschoben werden.

Bónis entgegnet darauf, daß die Straßen, von welchen er gesprochen, ein allgemeines Landesinteresse haben.

Noch sprechen Ivánka für das Referat der Centralcommission, Bályi noch einmal für die Szabolcszer, Szar-nahy im Interesse der Zolnauer Straßen; endlich wird die Rubrik in der von der Finanzcommission empfohlenen Fassung angenommen.

Die übrigen Titel des Budgets werden ebenfalls mit den von der Finanzcommission empfohlenen Modificationen angenommen.

Hierauf gelangt der Gesetzentwurf über Expropriation zur Verhandlung.

Den Vorsitz übernimmt Gajzágó, und der mittlerweile in den Saal getretene Ministerpräsident Graf Andrássy überreicht die functionirten Gesetze über Aufhebung des Wuchergesetzes und den Nachtragscredit zur Steuerung des Räderumwensens.

Diese Gesetze werden verlesen und der Schriftführer Bajz besorgt, dieselben dem Oberhause zu überbringen. Der Gesetzentwurf über Expropriation wird hierauf ohne Discussion zum Gegenstande der Specialdebatte angenommen.

In der Specialdebatte werden die §§. 1-2 unverändert angenommen.

Zu §. 3 wünscht Coloman Tísa, Alinea 3 (wenn ein Unternehmen sich auf das Gebiet mehrerer Municipien erstreckt und die betreffenden Municipien sich darüber geeinigt, ertheilt der Communicationsminister die Bewilligung) und Alinea 4 (die Pferdebahnen und Landstraßen bewilligt das Communicationsministerium) wegzulassen und die Bewilligung zu solchen Unternehmungen vom Reichstage abhängig zu machen.

Nach kurzer Discussion wird Tísa's Modification abgelehnt und die ursprüngliche Fassung beibehalten.

Die §§. 4-27 wird ohne Discussion, §. 28 mit einer unwesentlichen Modification angenommen.

Die übrigen §§. wurden zum größten Theile ohne Modification, zum Theile unwesentlich modificirt, angenommen.

Für morgen wurde das Nationalitätengesetz auf die Tagesordnung gesetzt.

(Oberhaus-Sitzung.)

Präsident: Majláth, Schriftführer: Paul Rajner, Minister: Festetics, Wenkheim.

Es werden die functionirten Gesetze über den Ausgleich mit Croatien, der Aufhebung der Wuchergesetze und über den Nachtragscredit für den Minister des Innern publicirt, die Acten des Unterhauses bezüglich der Gesetze über den Zolltarif für Dalmatien, über die Personalverwerfsteuer und über die Wein- und Fleischverzehrungssteuer, dann die Acten bezüglich der Beschlüsse hinsichtlich des Stenografenbureau's und hinsichtlich der Modificationen im Civilproceßordnungs-Gesetze verlesen.

Obergespan Bar. Beckey beantragt, daß die Mitglieder des Oberhauses aus Croatien einberufen werden mögen.

Minister Wenkheim meldet diesbezüglich dem Hause, daß einige der croatischen Magnaten heute schon in Pest eingetroffen seien, und daß die Anderen morgen nachfolgen dürften.

Telegramm der „Araber Zeitung.“

Pest, 24. November In der heutigen Sitzung des Unterhauses sind die Abgeordneten des croatischen Landtages in corpore, in Nationaltracht gekleidet, erschienen und wurden vom Hause mit großer Begeisterung begrüßt. Alle haben auf der rechten Seite des Hauses ihre Sitze eingenommen.

Neuestes

Agram, 23. November. Die größeren israelitischen Cultusgemeinden von Croatien und Slavonien gedenken den israelitischen Congreß ebenfalls zu beschicken.

Fünfkirchen, 22. November. Daniel Fránki wurde von drei- bis vierhundert Wählern mit Acclamation in den Landtag gewählt. Von der Gegenpartei war Niemand erschienen.

Wien, 23. November. Die Wehrgesetzcommission des Herrenhauses empfiehlt in ihrem Berichte die Annahme des Gesetzes in der Fassung des Abgeordnetenhauses, spricht jedoch ihr lebhaftes Bedauern aus, daß für das Zustandekommen eines so wichtigen Gesetzes die Mitwirkung des Herrenhauses auf's Mindeste beschränkt ist und demalsten die Enthaltung einer Abänderung als ein patriotischer Act betrachtet werden muß. Der Bericht bezeichnet sodann die Punkte, deren Aenderung durch die von der Regierung gemachten Anträge für wünschenswerth scheinen.

Reichskanzler Freiherr v. Beust kehrt mit dem heutigen Nachtzug nach Pest zurück. Der Schluß der Delegationen wird spätestens für den 6. December erwartet.

Paris, 23. November. „Union“ meldet, Berthier sei gestern gestorben. Auch veröffentlicht daselbst ein Blatt ein aus Paris datirtes Manifest eines Carlitischen Wahl-Comité's.

Bukarest, 22. November. Die Beziehungen zwischen Paris und Bukarest verschlimmern sich. Das Leiborgan Brattiano's jagt, Fürst Carl wolle kein Präfect Frankreichs sein.

Constantinopel, 22. November. Der vom ägyptischen Vicekönig erlittene Prinz Salim ist hier eingetroffen. — Der General Ignatieff richtete an die Pforte eine Note, in welcher gegen die willkürliche Verhaftung russischer Unterthanen in der Affaire Gondovic protestirt wird. Die Note besteht darauf, daß künftighin die Capitulationen streng beobachtet werden sollen. — Der amerikanische Gesandte protestirte gegen die Verhaftung amerikanischer Bürger in der Angelegenheit Dreilly.

Außerordentliche Generalversammlung der städtischen Repräsentanz.

Arad 24. November.

Der gestrige Abend gehörte unserem Bürgermeister Herrn Peter v. Agel; denn er erwarb sich in der zu dieser Zeit abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung durch seine ebenso überzeugenden, als logisch und klar durchgeführten Reden das Vertrauen der in ungewöhnlich großer Anzahl erschienenen Repräsentanten in solcher Weise, daß all seine schwerwiegenden und für das Aufblühen unserer Stadt bedeutungsvollen Anträge mit begeistertem Beifalle aufgenommen und einstimmig angenommen wurden. Es ist dies ein Sieg, wie ihn die Leiter constitutioneller Körper selten nur selten zu feiern pflegen, der aber für uns eine um so größere Bedeutung hat, als er die Eintracht und das innige Vertrauen, welche zwischen dem Vertretungskörper unserer Stadt und seinem Führer herrschen, in unzweifelhaftester Weise an den Tag legt und so die beste Garantie dafür bietet, daß die Interessen und das allgemeine Wohl der Stadt bewahrt und mit erstem Eifer gefördert werden können. Des gestrigen siegreichen Abends kann sich demnach nicht bloß unser verehrter Bürgermeister, sondern auch die Gesamtbevölkerung unserer Stadt vom Herzen erfreuen; denn so wie er Erstem zeigte, daß sein ehrlich-rastloses Streben anerkannt und von dem Vertrauen der Bevölkerung getragen wird, eben so kann diese mit voller Verabgung der weiteren Entwicklung der städt. Verhältnisse und deren allmählicher Besserung entgegensehen; da sie das Bewußtsein hat, dieselben in den Händen eines Mannes zu wissen, der es zu seiner Lebensaufgabe gemacht zu haben scheint, Klarheit und Ordnung in dieselben zu bringen und den Knoten zu lösen, welchen ein unglückliches Regierungssystem bis zur Unlösbarkeit verknüpft. Unter allen Umständen verdient die gestrige außerordentliche Generalversammlung als ein bedeutungsvoller Moment in der Geschichte unserer Stadt betrachtet zu werden. — Nach diesen kurzen, uns sich unwillkürlich aufgedrungenen Bemerkungen wollen wir zur Skizzirung der gestrigen Verhandlungen übergehen.

Nach Authentification des letzten Sitzungsprotocolls erstattete der vorjüngliche Bürgermeister Namens der in der jüngsten Generalversammlung entsendeten Commission zur Erzielung einer Vereinbarung mit den städt. Mauth- und Marktpächtern Bericht, aus welchem hervorgeht, daß die Pächter ihr früheres Offert insoweit erweitert, daß sie nun für beide Pachtobjecte — Mauth- und Marktzölle — für den dreizehnmönatlichen Pacht, d. i. vom 1. December l. J. bis Ende December l. J., einen Betrag von 14,600 fl. anbieten. Die Commission war auch geneigt, dieses Offert zu acceptiren, doch — so lautet die Meldung des Vorsitzenden — habe sich der Advocat Herr Boncs gemeldet und für die beiden Pachtobjecte einen Betrag von 24,000 fl. geboten. Da nun die Zeit drängte, so habe er (der Bürgermeister) die Pächter von diesem Offerte in kurzem Wege verständigt und diese sich bereit erklärt, ebenfalls 24,000 fl. zahlen zu wollen. Da nun die bisherigen Pächter, so führt der Vorsitzende weiter aus, nicht nur stets ihren Pacht pünktlich bezahlt, sondern oft auch der Stadt Vorschüsse gegeben, so hält er es der Billigkeit entsprechend, wenn der Pacht ihnen überlassen bleibe, wenn anders die Versammlung es nicht vorziehe, eine Vicitation anzuordnen, zu welcher aber die Zeit bereits zu kurz sein dürfte.

Boncs erklärt, die Verantwortung für sein Anbot übernehmen zu wollen und erklärt sich auch bereit 25,000 fl. zu zahlen, wenn ihm die Pachtobjecte ohne Vicitation überlassen werden. Was die bisherigen Pächter betreffe — so äußerte der Redner unter Anderem — so achte und schätze er ihre Sollicität und Pünctlichkeit, doch schließe dies nicht aus, daß auch Andere solid und pünctlich zahlen werden; man möge also entweder seinen Antrag annehmen, oder eine Vicitation ausschreiben.

Nachdem noch Mehrere für die Abhaltung einer Vicitation gesprochen, erklärt

Boncs, daß er die Haftung für 24,000 fl. übernehme und diesen Preis als Ausrufspreis bei der Vicitation acceptire; für diesen Betrag leiste er Bürgschaft, sollte aber ein größerer bei der Vicitation erzielt werden, so käme dieser Gewinn der Stadt zugute.

Wallfisch würde ebenfalls die Abhaltung einer Vicitation befürworten, doch hält er es der Billigkeit wenig entsprechend, daß man anerkannt solide, ehrenhafte Pächter, welche seit einer Reihe von Jahren mit der größten Pünctlichkeit nicht nur ihrer Pflicht entsprochen, sondern in vielen Fällen der Stadt auch gefällig waren, so ohne Weiteres vor die Thüre setze; da dies doch ein weitläufiges Geschäft sei und die bisherigen Pächter auch Verpflichtungen auf längere Zeit haben, welche in einem Zeitraum von nur wenigen Tagen kaum gelöst werden können. Redner hält sich ermahnt, das Offert der bisherigen Pächter auch auf 25,000 fl. zu erhöhen und bittet unter diesen Verhältnissen, sie im Pachte zu belassen.

Nach fortgesetzter längerer Debatte wird nun beschloffen, daß sofort die Vicitation, u. zw. auf Montag den 30. d. M., Vormittags 9 Uhr, auszuschreiben sei, bei welcher auch schriftliche Offerte derart angenommen werden, daß der höchste schriftliche Anbot als Ausrufspreis angenommen und die Vicitation auf dieser Grundlage mündlich weiter fortge-

Für den Betrag von 25,000 fl. wird die Bürgermeisterei als Minimalpreis angenommen. Am Nachmittag des 30. d. M., dem Licitationstag, wird eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten, welche die Licitation zu ratifizieren hat.

Vorsitzender beantragt hierauf die Systemisirung einer eigenen Abtheilung für das Steuerwesen und die noch nicht vollendete polizeiliche, indem er in eingehender Weise die Möglichkeit und Nothwendigkeit der Creirung eines solchen Amtes im Interesse der Stadt nachweist.

Es entspiant sich nun, nachdem das Meritorische des Antrages einstimmig angenommen wurde, über den Titel, welchen der neue Beamte zu führen hat, eine lange Debatte, zu welcher gegen die Bezeichnung des anzustellenden Beamten als Senator (tanácsnok) sich aussprechen. Endlich wird beschlossen, denselben „Steuer-Manipulant“ (adó-ügynök) zu nennen.

Zur Tagesordnung übergehend weist der Vorsitzende in längerer Rede auf den Umstand hin, wie es endlich geboten erscheine, dem Mangel an den nöthigsten öffentlichen Gebäuden abzuhelfen. Es sei bekannt — so äußerte der Redner — daß wir kein Stadthaus, oder doch so viel wie keines haben, da das jetzige, alt und baufällig, in keiner Weise den Anforderungen entspreche und die Stadt große Summen jährlich an Miete in fremden Häusern zu zahlen habe; nicht weniger bekannt sei es, daß unsere Stadt noch immer keine eigene katholische Kirche sammt Pfarrhaus besitze; so wie es endlich eine nicht zu leugnende Thatsache sei, daß unsere Stadt kein Theater besitze, wie es der Anzahl und dem Culturgrad ihrer Bewohner entspreche. Es sei daher durchaus notwendig, daß die Repräsentanz einen Beschluß fasse, daß sie die Herstellung dieser drei öffentlichen Gebäude in möglichst kurzer Zeit wünsche und die Anfertigung der hierzu erforderlichen Baupläne anordne. Was die Miete betreffe, so sei für das Theater der Platz zwischen dem Hotel „zum weißen Kreuz“ und der Lammgasse in's Auge gefaßt worden; da durch die günstigen Verhältnisse unserer Stadt ein solches mit vier Fronten gebautes Theater, das auf allen Seiten mit Verkaufsgewölben, einem großen Caffeehaus, Redoutensaal u. dergleichen wäre, ein so bedeutendes Einkommen sichere, daß die Kosten des Baues bald bereingebraucht werden müßten. Redner stellt sodann die Frage, ob die Versammlung diesem Platte ihre Zustimmung gebe, was mit lauten, beifälligen Zurufen geschieht.

Was die Miete für das Stadthaus und die Kirche betreffe, sei es zwar schön solche zu bezeichnen, welche noch nicht Eigentum der Stadt wären, doch sei er — der Redner — überzeugt, daß die Stadt diese Gründe erwerben werde und müsse und werde er seinen ganzen Einfluß anwenden, daß sie bald in den Besitz der Stadt gelangen. Es seien dies die Gründe des alten Salzmagazins, der offenen Reitschule und die des Tabakeinlösungs-Amtes. Redner sei überzeugt, daß hohe Ministerium werde um so eher das Verlangen der Stadt berücksichtigen, wenn es erfährt, daß auf diesen Gründen zwei der nöthigsten öffentlichen Gebäude für die Stadt — Kirche und Stadthaus — erbaut werden sollen. Für die Kirche sei dieser Platz um so mehr zu empfehlen, als die Stadt ein Pfarrhaus durch die Erwerbung des Tabakeinlösungs-Amtes bereits fertig und in bewohnbarem Zustande erhalte. Redner richtet nun die Frage an die Versammlung, ob sie dem erwähnten Platz zur Erbauung einer Kirche ihre Zustimmung gebe und diese wird auch hiefür einstimmig erttheilt.

Mit Bezug auf das Stadthaus, welches in der Nähe der Kirche auf demselben Platze zu erbauen wäre, erhebt Lukács die Einwendung, daß die Nähe der Kirche durch das viele Lärmen störend auf die Beratungen im Stadthause einwirken müßte.

Wagács wünscht, daß der ganze Raum der zu erwerbenden Grundstücke ausschließlich für das Stadthaus, welches große Räumlichkeiten beanspruche, verwendet, die Kirche aber in der Mitte des Platzes, zu Anfang der Promenade gebaut werden möge; zu welchem Zwecke die Promenade auf dieser Seite um 50 Klafter verkürzt und auf der Ausgangsseite um das gleiche Raummaß verlängert werden möchte.

Boncs ist der Ansicht, daß das Stadthaus in der Nähe der Kirche schon aus dem Grunde unzulässig erscheine, weil in Ersterem, namentlich in Polizeianglegenheiten, Dinge vorkommen, welche nicht geeignet erscheinen, die Andacht der Kirchbesucher zu fördern. Auch empfehle es sich nicht, die wichtigsten öffentlichen Gebäude der Stadt auf einen Punkt zu concentriren, vielmehr wäre es angezeigt, diese auf mehrere Plätze zu vertheilen.

Vorsitzender sucht diese Einwürfe damit zu entkräften, daß er auf den Lukács's bemerkt, daß in Pest das Stadthaus ebenfalls in unmittelbarer Nähe der Kirche sich befindet, ohne daß dadurch irgend eine Störung bemerkbar geworden wäre. Was den Antrag Wagács's betreffe, so bemerkt Redner, daß ein ähnlicher Plan bereits vorhanden, daß sich jedoch herausgestellt, daß entweder der Raum der Straße auf beiden Seiten der Kirche zu enge oder die Kirche zu schmal werden müßte. Gegen Boncs' gemendet bemerkt der Redner, daß die katholischen Bewohner ein Recht haben, ihre Kirche auf einem schönen Platze gebaut zu sehen; ein anderer aber sei nicht vorzufinden und in einer Nebengasse könne man die Kirche nicht bauen. Was die Störung der Andacht durch die Nähe des Stadthauses betreffe, kann Redner nicht recht einsehen, wodurch diese Andacht gestört werden könnte; denn wenn sie und da ein betrunkenes Individuum eingebracht werden sollte, so könne man Betrunkene auch so auf der Straße sehen, und dann müßten solche oder dergleichen gerade nicht bei der Hauptform, sondern bei mehreren Hinterpforten, welche zweifelsohne angebracht werden, eingelassen werden.

Nachdem nun Wagács seinen Antrag zurückzieht, wird auch der Antrag des Bürgermeisters mit Bezug auf das Stadthaus einstimmig angenommen.

Vorsitzender beantragt hierauf, mit der Anfertigung der Pläne zu den drei projectirten Gebäuden die rühmlichst bekannten vaterländischen Künstler: Lippert, Pöl und Skalnitzki zu betrauen; gleichzeitig aber die hiesigen Baumeister einzuladen, sich an der Concurrenz zu betheiligen. Die drei Ersteren wären für die Anfertigung eines Planes für das Theater mit 150, für den der Kirche und des

Stadthauses aber mit 100 Ducaten; die hiesigen Baumeister hingegen für den Plan eines Theaters mit 60 und für die beiden andern Pläne mit je 40 Ducaten zu honoriren. Die Betheiligten wären endlich aufzufordern, binnen 14 Tagen sich zu erklären, welchen Plan sie auszuführen gedenken. auch dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen und hierauf die ganze Angelegenheit unter dem Präsidium des vorsitzenden Bürgermeisters einer Commission übergeben, welche aus folgenden Mitgliedern besteht:

Dr. Aradi István, Arkai Jakab, Bettelheim Vilmos, Bogdánffy Gergely, Bodroghy István, Boncs Döme, Brunnhuber Rándor, Cserepes Ferencz, Daniel Kárá, Dr. Darányi, Hercska Mór, Jzso István, Kammnigh Antal, Kádas Peter, Kisbalmi Ferencz, Kalmár Samu, Lukács Miklós, Dr. Matavorski Rándor, Mittelmann J. D., Nachlovski Sándor, Nagy Imre, Pálffy József, Probst Ferencz, Ring Károly, Spitta Kápló, Steiniger Jarkas, Szentpétery Antal, Vajdasz József, Vas István, Wallfisch Pál, Zipjer Antal.

Vorsitzender bemerkt, daß es nur zu wünschen wäre, daß die drei öffentlichen Gebäude mit derselben Leichtigkeit hergestellt werden könnten, als mit welcher deren Bau vorirt wurde. Redner hegt jedoch die feste Ueberzeugung, daß deren Zustandekommen gelingen wird, ohne daß die Stadt hierdurch besonders belastet werden müßte; denn hätte er diese Ueberzeugung nicht, er würde selbst sagen, daß wir lieber Alles entbehren und so lange mit einer Hütte uns begnügen müssen, bis wir die Mittel besitzen, uns einen Palast zu erbauen. Er sei im Besitze eines Planes zu einem Anstehen, welches für die Stadt ganz besondere Vortheile bietet, und habe er bereits veranlaßt, daß derselbe in 500 Exemplaren gedruckt und nicht nur unter die Repräsentanz, sondern auch unter die sonstigen Bürger der Stadt vertheilt werden möge.

Schließlich bittet der Vorsitzende noch um die Systemisirung eines zweiten Sactlientenants für die Stadt, welcher ausschließlich mit der Leitung der öffentlichen Arbeit sich zu beschäftigen haben wird. Die Kosten dieser Stelle würden reichlich aufgewogen durch die Vortheile, welche die Regelung der öffentlichen Arbeit für die Stadt haben müßte. Dieser Antrag wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Vorsitzender zeigt an, daß die nächsten Sitzungen nicht mehr im Stadthausaale, sondern in dem des Gerichtsarchivs abgehalten werden müssen, weil Ersterer zu Amtszwecken theils zur Benützung für die Stadthauptmannschaft, theils für die städt. Cassa getheilt und verwendet werden wird.

Dr. Vallogh Tihamér beantragt, dem vorsitzenden Bürgermeister für sein energisches und eifriges Bemühen, das Wohl der Stadt zu fördern, welches auch mit Bezug auf den heute vorirten Bau der öffentlichen Gebäude in so unzweideutiger Weise zu Tage getreten, den Dank der Versammlung im Protocoll auszusprechen. Dieser Antrag wird mit begeisterten Zurufen zum Beschluß erhoben.

Nachdem noch die Stelle des Protocolls, welche von der am 30. d. M. abzuhaltenden Licitation des Mantz- und Marktgefälls handelt, authentisirt wurde, heft der Vorsitzende die Sitzung und mit ihr diese außerordentliche Generalversammlung auf und die Versammlung ging unter lauten Zurufen auf den Bürgermeister auseinander.

Tagebneuigkeiten

* Se. Majestät, Allerhöchswelcher vorgestern kurz nach 10 Uhr in Ofen anlangte, haben noch im Laufe des Vormittags an circa 30 Personen verschiedenen Standes Audienzen ertheilt. Mit dem Glockenschlage 1 Uhr fuhren Ihre Majestät die Königin, sammt der Frau Oberhofmeisterin und der Prinzessin Marie Valerie mit ihrem Gefolge in die Königsburg ein. Se. Majestät der König war von der Ankunft der Königin unterrichtet, befand sich bereits die Hofequipe erwartend im leichten Hausrode unter der Einfahrt, als die Equipagen noch kaum den Burgplatz erreichten, worauf die dort bei der Wachablösung befindliche Militär-Capelle die Volkshymne anstimmte. Mit zärtlicher Fürsorge hob Se. Majestät die Königin aus dem Wagen, und die Allerhöchsten Herrschaften begaben sich über die große Treppe in die Appartements der Königin. Auf dem Treppenaufstiege waren der Oberbürgermeister und der Oberstadtsaptnom der Stadt Ofen postirt, um Ihre Majestät im Namen der Bevölkerung zu begrüßen, was Oberbürgermeister Herr v. Számann in wenigen aber warmen Worten that. Mit freundlichem und wohlwollendem Gesichtsausdruck erwiderte darauf Ihre Majestät: „Igen köszönöm, szivesen Budara jöttem és a kis leányomat is elhoztam.“ Worauf beide Majestäten grüßten und sich in die innern Appartements zurückzogen. Ihre Majestät die Königin trugen bei Ihrer Ankunft ein schwarzes Moir-Antique-Seidenkleid, einen Sammet-Paletot, und einen Kaspal von Sammet mit Pelz verbrämt. Das Aussehen Ihrer Majestät der Königin, sowie der Prinzessin Marie Valerie ist blühend und läßt nichts zu wünschen übrig.

* In der vorgestrigen Ministerconferenz wurde, wie die „P. Cor.“ meldet, der mit H. Salomon Meißel, der Anglo-Hungarian-Bank und der Ungarischen Creditbank abgeschlossene Präliminarvertrag bezüglich des Baues des Pest-Ofen-ráder Canals verworfen.

* (Sabbas Lukovics.) Die Nachricht, daß der Reichstags Abgeordnete Sabbas Lukovics nach Beendigung der gegenwärtigen Reichstags-Session wieder nach England zurückzukehren beabsichtigt, wird heute vom „Napló“ angeblich auf Grund authentischer Information als unrichtig bezeichnet.

* (Einbruchsbiebstahl beim Baron Beust.) Man schreibt dem „P. U.“ aus Wien, 22. November: Der Reichskanzler Baron Beust ist heute Morgens mit dem Postzuge von Pest hier eingetroffen. Hier wurde ihm die

unangenehme Mittheilung, daß in seine im Palais des auswärtigen Amtes belegene Wohnung in der Nacht vom Freitag auf den Samstag Diebe einbrachen, und ihm aus seinem Schlafzimmer die sämmtlichen daselbst aufbewahrten Orden entwendeten. Der Werth der gestohlenen Objecte ist ein großer, da sich unter den gestohlenen Decorationen die Großkreuze des St. Stefansordens und der Ehrenlegion befinden, welche beide Baron Beust von den betreffenden Souveränen in Brillanten — eine besondere Auszeichnung — erhielt. Bei der Einrichtung der hiesigen Polizei ist es mehr als zweifelhaft, ob es gelingen wird, der Diebe habhaft zu werden, und wirft schon die Thatsache an sich, daß ein so frecher Einbruch in einem Regierungspalais unentdeckt stattfinden kann, ein scharfes Licht auf den traurigen Zustand, in dem sich unsere öffentliche Sicherheit befindet.

* (Russische Geschworene.) In einem Bezirksgerichte in der Provinz wurde ein Criminalproceß behandelt. Die Geschworenen saßen und hörten aufmerksam den Debatten zu. Endlich, nachdem dieselben vorüber waren, nachdem der öffentliche Ankläger und der Advocat des Beschuldigten gesprochen hatten, überreichte der Präsident dem Ältesten der Geschworenen die Frageliste, nach welcher die Entscheidung erfolgen sollte. Die Geschworenen saßen sich untereinander an und der Älteste wandte sich dann an den Präsidenten: „Was sollen wir denn hier, Ihre Excellenz, entscheiden? Wenn Se. Exc., der in der goldgestickten Uniform (auf den Staatsanwalt) behauptet, daß der Dieb schuldig sei, was brauchen wir diesen da (auf den Verteidiger zeigend) zu hören? Er ist wahrscheinlich selbst ein Spigbube, da er einen Dieb verteidigt.“

Handels- und Börsennotizen.

Wien, 23. Nov. Schlachtviehmarkt. Auftrieb 2835 St. Ochsen. Preis pr. Ctr fl. 27—31½, 150 St. unverkauft.

Pest, 23. November. (Getreidegeschäft.) Der Verkehr in Weizen war heute ein ziemlich lebhafter, und mochte ein Quantum von nahe an 25,000 Mq. umgesetzt worden sein. Besonders beliebt waren feine Mühlenweizen, wohingegen Exportwaare wegen der anhaltenden Bahnsperre in Ofen vernachlässigt blieb. Preise zur Notiz behauptet. Von den zur Notirung gelangten Verkäufen verzeichnen wir folgende Posten: Tbeiß- 1350 Mq. 87pfd. á fl. 4.70, 400 Mq. 87pfd. á fl. 4.70, 200 Mq. 87pfd. á fl. 4.67½, 1300 Mq. 87pfd. á fl. 4.70, 400 Mq. 87pfd. á fl. 4.80, 400 Mq. 88pfd. etwas kernschüssig á fl. 4.75, 350 Mq. 89—90pfd. á fl. 4.90, Alles 3 Monate, 800 Mq. 84pfd. á fl. 3.80, 200 Mq. 84pfd. á fl. 3.75, Weibes Cassa, 200 Mq. 85pfd. á fl. 4.30, 800 Mq. 87pfd. und 200 Mq. 87pfd. á fl. 4.72½, 300 Mq. 86pfd. á fl. 4.65, 600 Mq. 86pfd. á fl. 4.60, sofort zu übernehmen, 400 Mq. 86pfd. á fl. 4.62½, sofort zu übernehmen, 200 Mq. 87pfd. blaupig á fl. 4.60, Alles 3 Monate, 2000 Mq. 83pfd. á fl. 3.71, Cassa, 1200 Mq. 86pfd. á fl. 4.50, Pester Boden- 800 Mq. 86pfd. á fl. 4.65, 700 Mq. 86pfd. á fl. 4.50, ab Nordbahn, 700 Mq. 87pfd. á fl. 4.65, ab Nordbahn, Banater 1000 Mq. 87pfd. á fl. 65, Alles 3 Monate, Weissenburger 1300 Mq. 83pfd. á fl. 3.82½, Cassa und Alles per Zollcentner. Roggen unerrändert und wenig gehandelt. Notirt wurden: 300 Mq. 77—80pfd. á fl. 2.80, ab Schiff, 400 Mq. 79—80pfd. á fl. 2.85, 1500 Mq. 78—80pfd. á fl. 2.85, 400 Mq. 80pfd. gewogen á fl. 2.80, Alles Cassa. Gerste fortwährend beliebt bei ruhigem Geschäft. Preise fest behauptet. Hafer der eingetretenen Kälte wegen, die einen nahen Eisgang befürchten läßt, fest und mit 5 kr. höher notirt. Mais neuer fest jedoch in prompter Waare für den Export weniger beachtet. Fijolen ruhig, verkauft: 400 Mq. Zwerz per Zollcent. á fl. 4.80, 200 Mq. große untergeordnete Waare per Zollcent. á fl. 4.20, Von Reys wurden 2400 Mq. angeblich zu dem Preise von 5½ fl. per Mq. á 75pfd. auf 3 Monate Zeit verkauft.

Pest, 23. November (Besse's Börsen und Kornballe) In Producten kein Abschluß zur Notirung gelangt. In Effecten verbreitete die Börse in entschieden besserer Haltung, und bei ziemlich regem Geschäft haben sich einige Kategorien gebildet.

Ung. Eisenbahnanleihe á 98½ 98.20 geschlossen, behauptete 98½. G. 98½. W. Diner Sparcassa á 46. Anglo-Hungarian á 118½. 5½/100 ung. Pfandbriefe á 91½ geschlossen, ung. Credit fest 9 3/4. G. Mühlenpapiere mitunter höher, Walzmühle 1265 G. 2. Gm á 375—376. Pannonia á 1420—1425. 2. Gm. á 22½. Dfner Fabrikhof á 129 geschlossen, Königsbrauerei á 193 gekauft.

Reitenbrücken fest 503 G., Tunnel á 92—95 geschlossen.

U. a. Assurance fest 599 G. Daza höher bis 218 geschlossen.

Straßenbahn wenig Geschäft. Pester 2. Em. 402 G. 3. Em. 112 G. Tramway á 125½—126½ gekauft. Schlossen 125½. W. Alföld 151. Nordost 138½ geschlossen.

Valuten matter, Ducaten á 5.52, Napoleons á 9.32, Frankfurt 97½—98½ geschlossen, Hamburg 96¼ G. 86½ W., London 116¼ G. 117¼ W., Paris 46.40 G. 46.50 W.

Von sonstigen jungen Effecten wurden Steinbrucher á 113½—114. Flora á 3. Maisfäcke á 6 Remoquitrung zweite Em. á 5, Omnibus á 7½—7½ Aufgeld gehandelt.

Curs-Vericht vom 14 bis 21. Nov. 1888. Mitgetheilt von dem Bankhause Dr. Albert Wild in München. Das schöne Vorwetter hält an; die Course gingen an den europäischen Börsen nur einen Augenblick bei der Nachricht von James Rothschild's Tod zurück und dieser Rückgang sollte vielmehr als der Ausdruck der Niedergeschlagenheit der Finanzwelt, denn als Zeichen der Beunruhigung aufgefaßt werden. Im Großen und Ganzen hat sich das Vertrauen befestigt; die Capitalisten beginnen sich wieder der Speculation zuzuwenden. Selbst vereinzelte Käufers verhalten, ohne auf dem Geldmarkt irgend ein Echo zu finden. Französische Rente behauptete sich fest; österreichische Papiere sind gegen die Vorwoche in einer kleinen Avance, nur Bankactien wichen etwas zurück.

Creditactien schlossen vorige Woche mit 225 und stehen heute 236.

Deffere-Franz.-Staatsbahn-Actien, die sich fortwährend der Gunst der Speculation erfreuen, haben sich von 279 auf 301 gehoben. Auch andere österr. Bahnpapiere besserten sich, namentlich gilt dies von Elisabeth- und Böhmischer Westbahn.

Bahnprioritäten jeder Gattung lebhaft gehandelt und wesentlich höher.

Süddeutsche Fonds, die in Folge des erhöhten Bankdisconto Anfangs der Woche allseitig offerirt waren, schließen fest und höher als in der Vorwoche.

